

Dresdner Volkszeitung

Bürogebäude: Dresden
Reben & Comp., Str. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bürogebäude: Gehr. Simmel, Dresden
und Görlitzer Straße

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen
"Nach der Arbeit" und "Volk und Zeit" für einen halben Monat 1 M.
Einzelnummer 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schreitzeitung: Wettinerstr. 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerstr. 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: bis 20 mm breite Kommerzienleiste
30 Pf., bis 90 mm breite Reklamezeile 1,50 M., für auswärtige An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietangebote
40 Pf. Rabatt. Für Briefbeschleunigung 10 Pf.

Nr. 246

Dresden, Donnerstag den 21. Oktober 1926

37. Jahrg.

Licht in der bayerischen Dunkelkammer

Aus München wird uns geschrieben:
Es war vorauszusehen, daß die Münchner Presse-Guru's unter der Augenbergs, Haniel und Hug aus dem Ergebnis der Untersuchungen des Reichstags-Hausausschusses die unbedeckte Kleinheit der bayerischen Justiz und Verwaltung herausdestillieren würden. Das ist denn auch geschehen. Aus der Tatsache, daß der lebige Justizminister Gürtner in seiner früheren Eigenschaft als Landgerichtsdirektor den Vortrag der von Glademann nach München geschickten Augsburger Staatsanwälte Krieg und Kraus an den Justizminister Roth weitergegeben hatte, worüber Genoss Dr. Levi am Schluß der Verhandlungen eine seine frühere Annahme herichtigend Erklärung abgab, folgern sie fähn, es sei in Bayern alles in bester Ordnung gewesen. Gerade das Gegenteil ist der Fall! In den acht Sitzungen des Ausschusses wurde vielmehr eine Fülle von Indizien zugängig gestellt, die zureichende Schluß auf das Zusammenspiel bayerischer Justiz und Verwaltung mit Einwohnerwehr und "nationalen" Nordbuben gestatten. Wenn wir uns heute noch mit solchen Indizien — Beweisen, die aus anderen Tatsachen gefolgt werden — begnügen müssen, so ist dies der fast beindruckenderen Technik des Verschweigens, besonders aber dem

auffallenden Gedächtnisschwundes

der Zeugen zu zuschreiben. Wo dicker auffallende Mängel an Erinnerungsvermögen nicht ausreichend erscheinen, da zwischen sich die verdächtigen Zeugen hinter das Miserecheinnis oder die ihnen von nicht Benannten und nicht Verurteilten aufgelegte Schweigepflicht. Andere, wie der famose Warter Stempfle, ehemaliger Schriftleiter des Miesbacher Anzeigers, der unter Pöhner eine Art Polizeiagent war, hatten sich von München entfernt und erklärtlich vor dem Ausschuß nicht erscheinen zu wollen. Der im Falle Stempfles erlassene Vorführungsbescheid blieb wirkungslos, da dieser Dienst in München nicht aufzufinden war. Der Versuch des aus dem Hitler-Prozeß zur Kenntnis bekannten polizeilichen Oberamtmannes Kärdt wie des Generals v. Epp, den Ausschuß durch Begleiter einzuhüllen, scheiterte an der getroffenen Haltung des Vorsitzenden. Über die Gleichtartigkeit der Taktik des Rüstwagens, der Erinnerungslosigkeit, des Hinweises auf Gewisse ungenannte Daten, beweist das Vorhandensein einer Abrede der verschleißen Gruppen der Zeugen. Doch füllten sie nicht danach geöffnete Lücken, das wesentliche Ding ihre Klärung sonden. So die unter Pöhner direktor Zeitung stehende

Bahnschlüpfabrik der Münchner Polizeidirektion

Nach der Aussage eines Zeugen wurden von Pöhner 25 falsche Fälle aufgestellt, worunter sich auch einer für Müller, Meinungen, den Apostel germanischer Körperfultur, befand. Mittels dieser falschen Fälsche ermöglichte Pöhner Hochverrätern wie Ehrhardt, der sogar zwei falsche Fälsche besaß, und Nordbuben, ihr Handwerk ungefähr beizutreten zu können; zugleich aber holtete er eigene Schriften nach Ungarn damals aus, um dort die Verbindung mit anderen Hochverrätern herzustellen und "deutsche" Pöhner-Politik (!) von ihr nichts erfahren haben. Er gab, ohne es zu empfinden, damit wiederum Beweise eines infernalen Intriganten oder eines auf Hinterhältigkeit aufgebauten politischen Unzulänglichkeit. Was aber in der bayerischen Dunkelkammer in der finstirtesten Ecke versteckt war, nämlich, warum

die Ostbeziehe gegen die am Norden Hartungs

verdächtigen Neunzert, Salib, Beuerer, Jech und Berwald innerhalb 24 Stunden erlaufen und wieder aufgehoben wurden, daß hand insofern eine Klärung, als der Oberstaatsanwalt Kraus, der spätere Vorsitz von Friedenshofenfeld, die Endspurierung der Ostbefehle auf sich nahm. Er präsentierte sich vor dem Ausschuß als ein Trottel, der sich in der Sache an gar nichts erinnern konnte, als daß man jene fünf des Mordes Verdächtigen nicht in Haft behalten durfte, solange ihre Täterschaft nicht erwiesen war. Und angeblich solcher Herzengnade ist es verständlich, wenn einem andern Zeugen, dem Regierungsrat von Metz, Stellvertreter des Polizeidirektors Kämmer, plötzlich in der Wetteverfolgung der Nordische die Hand gelohnt wurde, nachdem die beiden Augsburger Staatsanwälte im Justizministerium vorgeprochen hatten. Auch Herr Roth konnte sich an Leidenschaftliches nicht mehr erinnern und schob die Verantwortung seinem verstorbenen Referenten Stauffer zu.

Vorum die Remembore von den bayerischen Gerichten unter der Regierung Roth-Roth nicht behandelt wurden, dafür erforderte das deutsch-nationale Ausschlußmittel Dr. Schäffer eine neue These: die guten Staatsanwälte schwärmten sich, die Fälle Sonnen, Hartung und Gareis vor die Vollgerichte zu bringen, weil deren Urteile nicht durch Verurteilung korrigiert werden konnten;

daher hätte erst die Schuld des Verdächtigen feststehen müssen. Diese verdeckte Komödie wurde wie um so verblüffender, als der Ausschuß den mysteriösen Auftraggeber, den den Rechtspraktikanten Glademann, einen der "juristischen Berater" der Einwohnerwehrleitung, erordnete, die Augsburger Staatsanwälte nach München in das dortige Justizministerium zu holen, nicht ermitteln konnte. Wer aber war nun der große Unbekannte, dem vor allem daran lag, Neunzert, den Verbindungsmann zwischen der Einwohnerwehr und dem Egertonprinzen Rupprecht, aus den Gangarten der Justiz zu entfernen? Neunzert stand seit 1919 in einem engen Verhältnis zu Ambrosch; er hat die Tochter eines seiner besten Freunde, des Gutsherrn Ecker, zur Frau. Vielleicht wäre es angebracht gewesen, Rupprecht vor dem Ausschuß zu laden und ihn zu fragen, ob er durch oder vielleicht irgendwelche Schritte zugunsten seines Freindes Neunzert unternommen habe. Die Einigung der Untersuchung auf den Kreisdekreis des Neunzert wurde außerdem aus deren Beziehung mit Hauptmann Roth — er wurde nach dem Hitler-Prozeß einer Audienz bei "Seiner Majestät" gewürdig — zu Warter Stempfle und anderen Mitgliedern der Reichskommissionen übertragen. Überdauert wird der Ausschuß nicht umhin können, dieses Münden habhaft zu werden, wenn er sich nicht bereits ins Ausland begaben hat. Stempfle hat sich mit wahrscheinlich gefälschten Dokumenten Ausweisen als "Zeitnehmer" ins Gefängnis zu dem noch immer mit dem Verdacht an drei Morden belasteten Schweinhärt geschnitten, er war auch von 1920 bis 1922 an allen unterirdischen Umsturzunternehmungen beteiligt.

Reaktionäre sächsische Koalition

Ein vernichtendes demokratisches Urteil — Austritt des Ministerialdirektors Günther aus der Demokratischen Partei — „Ein beispieloser Freubruch“

Ministerialdirektor Dr. Günther, der bekannte demokratische Politiker und ausgezeichnete Kenner der sächsischen Verwaltung (nicht zu verwechseln mit dem fürzlich aus der DDSV ausgetretenen Landtagsabgeordneten Günther, Plauen), hat seinen Austritt aus der Deutschen Demokratischen Partei erklärt. Über die Gründe dieses sensationellen Schrittes gibt ein Schreiben Aufschluß, das Ministerialdirektor Günther an den Finanzminister Dr. Dehne gerichtet hat und das von der "Sächsischen Republikanischen Korrespondenz" im Vorlauf veröffentlicht wird.

Hiermit erkläre ich meinen Austritt aus der Deutschen Demokratischen Partei und bitte, mich aus der Mitgliederliste des Dresdner Vereins zu streichen.

Zu diesem Schritte veranlaßte mich folgendes: Die Politik der Deutschen Demokratischen Partei in Sachsen hat sich in den letzten Jahren immer mehr von der sozial- und wirtschaftspolitischen Linie entfernt, die sie in den ersten Jahren nach ihrer Gründung beobachtet hat. Sie hat vor allen Dingen programmatische Grundforderungen nicht befolgt, deren Bedeutung im Interesse einer Stabilisierung unseres Staatswesens gebieterische Notwendigkeit gesehen wäre. Ich darf Sie daran erinnern, daß vor allen Dingen die Demokratische Partei als Teilhaberin der sächsischen Koalitionsregierung nichts getan hat, was gezeigt gewesen wäre, den Staatsapparat im republikanischen Sinne durch eine Demokratisierung der Verwaltung zu beeinflussen und der immer stärker werdenden Reaktion erfolgreich entgegenzuwirken. Ich muß sogar feststellen, daß die Partei die geringen Anfänge, die in dieser Sicht vorauf gegangene Regierungen gemacht hatten, im wesentlichen wieder mit rückgängig gemacht hat. So ist der Beamtenabbau zu einem Maßstab der Vorbereitung der Reaktion geworden. Man hat pflichtgetreue republikanische Beamte, deren soziale Eignung außer allem Zweck stand, aus einflussreichen Ämtern entfernt und in ihre Stellen Angehörige der Rechtsparteien treten lassen. Ich will es mir verlagen, mit Beispielen aufzutragen, da Sie sicherlich als Minister mindestens ebenso gut unterrichtet sind wie ich, und verweise auf meinen Briefwechsel mit den Herren

Ministern Dr. Küllz, Dr. Seydel u. v. dessen Inhalt Ihnen ja bekannt ist. Entgegen den auf verschiedenen Reichsparteitagen der Deutschen Demokratischen Partei getroffenen Entschlüsse hat es die sächsische Parteileitung für geboten erachtet, die Personalreferate in den Zentralbehörden von republikanischen Beamten zu säubern und ihre Leitung der Reaktion zu übertragen.

Weiter ist es für jeden aufrichtigen Demokraten unfehlbar gewesen, wie Sie es als einer der Führer der Demokratischen Partei in Sachsen für richtig befunden könnten, nach den Reichstagswahlen 1924 bei der demokratischen Reichstagsfraktion gemeinsam mit den Herren Abgeordneten Dr. Kastner, Dr. Weigel und Dr. Reichhold auf eine Koalition mit den Deutschnationalen hinauszuwirken. Dieser Schritt war in E. um so unverständlich, als ja gerade die Dezemberwahlen im Beisein des Kampfes gegen die immer wichtiger gewordenen Rechtsparteien gestanden haben und der Rückgang der demokratischen Stimmen im wesentlichen auf deren verbrechende Agitation zurückzuführen ist.

Auch haben es alle aufrichtigen Demokraten als außerordentlich befremdend empfunden, daß die Deutsche Demokratische Partei während des militärischen Ausnahmezustandes jede selbstbewußte Haltung gegenüber den überwiegenden Militärgewalt hat vermessen lassen. Bis zum heutigen Tage hat das sächsische Parlament es nicht fertig gebracht, seinen eigenen Beschluß durchzuführen; eine objektive Tenthischrift über die Überprüfung der Reichswehr gegenüber der Zivilbevölkerung — (D. Ned.) herauszugeben. Besonders über ist die Demokratische Partei der Öffentlichkeit gegenüber jede Auflösung darüber schuldig geblieben, ob es zutreffend ist, daß die Militärbehörden nach bei Bildung der Koalition in verfassungswidriger Weise in die sächsischen Personal- und Polizeiverhältnisse eingegriffen haben. Die Demokratische Partei hat in Sachsen in E. völlig außer Acht gelassen, daß in einem Volfsstaate das Prinzip bei der Zivilgarde und nicht bei den Militärs liegt.

Obgleich die von mir berührten Vorgänge schon im Interesse der Abgrenzung der Machtbefugnisse zwischen den

Nieder mit den Zollmauern!

P. Paris, 20. Oktober. (Eig. Drabk.) Der Verwaltungsrat der Internationalen Handelskammer, der am Mittwoch in Paris zusammengetreten ist, hat auf Antrag des Präsidenten der deutschen Abteilung, Scheinmats von Mendelssohn, eine Resolution angenommen, in der das gestern veröffentlichte Manifest der internationalen Wirtschaftsführer zugunsten der Aufhebung der Zollbarrieren vorbehaltlos gebilligt wird.

P. Paris, 21. Oktober. (Eig. Kunt.) In dem Bericht der Internationalen Handelskammer zur Beseitigung der Handelshindernisse werden nach Anerkennung des Internationalen Wirtschaftsmanifests folgende Ratschläge aufgestellt:

Auf dem Gebiet des Fremdenrechts wird eine internationale Gesetzgebung verlangt, durch die die völlige Gleichberechtigung der Ausländer in allen Staaten garantiert wird. Ferner Abschaffung der Zollwälle als überflüssiges Hindernis für Handel und Verkehr, Wiederherstellung des uneingeschränkten Niedergangsgerechts und völlige Gleichberechtigung für alle Fremden in der ganzen Welt. Der Bericht tritt weiter ein für Freiheit der Handelshäfen und Aufhebung der Schranken des Zollvertrags. Er wendet sich gegen Ein- und Ausfuhrverbote, unnötige Zollformalitäten und vor allem gegen die Tarife und die Zollmauern überhaupt, die das schwierigste Hindernis für den internationalen Gütertausch bilden. Die Handelskammer verurteilt die Abänderung von Zolltarifen durch einfache Verordnungen, die Einführung der Mehrzölle und die Einkämmung besonderer Privilegien zugunsten einzelner Länder wie die Freiheit des Handels mit Rohstoffen, die man häufig ohne besondere Abgabe überall einkaufsen kann.

Vorarbeit für die Weltwirtschaftskonferenz

T. Genf, 20. Oktober. (Eig. Drabk.) Im Völkerbundeskonsortium wird das internationale Manifest der Wirtschaftsführer als eine Bestätigung der Hauptgesichtspunkte

angesehen, die im Finanz- und Wirtschaftsomitee des Völkerbundes seit langem geprüft und beraten werden. Man misst dem Appell wegen der Bedeutung der Persönlichkeiten, die ihn unterzeichnet haben, einen großen Wert bei als klare und endgültige Aufforderung der öffentlichen Meinung der ganzen Welt, die geeignet sein wird, den Verhandlungen der zweiten Tagung der vorbereitenden Wirtschaftskonferenz, die am 15. November ankommt, besondere Nachdruck zu verleihen. Die Vorbereitungen des Völkerbundeskonsortiums und des Internationalen Arbeitsamts für die Konferenz sind gegenwärtig so weit vorgeschritten, daß eine Reihe von Studien- und Materialsammlungen in Druck gegeben sind und in nächster Zeit den Mitgliedern der Konferenz zugesandt werden können.

Bedingungen für den Sozialismus

S. London, 20. Oktober. (Eig. Drabk.)

Das internationale Wirtschaftsmanifest ist hier mit bemerkenswerter Klarheit aufgenommen worden, wenn auch die traditionell freihändlerisch-liberalen Cläster einige freundliche Worte geäußert haben. Es ist charakteristisch, daß die Londoner Brüder im Gegentag zu deutscher Seite auf das Manifest überhaupt nicht reagiert haben. Der Daily Herald, der vom Manifest ausgehend, am Dienstag in einem Leitartikel auf die Gesetze hingewiesen hatte, die die neuen internationalen Tendenzen des Kapitalismus für die Arbeiter als Produzenten und Konsumenten mit sich bringen, hat eine Reihe führender Politiker der Arbeiterpartei über ihre Meinung zum Manifest befragt. Philipp Snowden hat in seiner Antwort die ablehnende Einstellung, die das Centralblatt der Arbeiterpartei, der Daily Herald, eingenommen hat, kritisiert und festgestellt, eine solche Ablehnung sei vom Standpunkt des Sozialismus aus falsch. „Diese internationales Zusammenfluß, die ist gegenwärtig vollständig, und keine Hindernisse, sondern notwendige Voraussetzungen für den Sozialismus. Jetzt dagegen zu arbeiten, sollte die Politik der sozialistischen Parteien viel mehr darauf gerichtet sein, solche internationale Zusammenfluß von Kapital und Finanzen als Vorbereitung für den Sozialismus zu begünstigen.“

Aus der überreichen Fülle der Indizien für den früheren Befund eines Rothergenteile in München haben wir nur einige erwähnt. Wer sie genügt, um die Beziehungen der Einwohnerwehr zur bayerischen Regierung und die Geheimnisse der meisten Zeugen aufzudecken. Wehe oder widerum waren sie in die Nordoceanen selbst verweilt oder billigen sie aus vorländischen Gründen und weil der Staat verlor. Geheimnisse solcher Art waren Herr Heile, der sich rühmte, den Hauptmann Franzen Präsident-Brauer, den Vertretermann der Münchner Polizei, zu 14 Jahren Zuchthaus verholfen zu haben, zur Freiheit für den Herausfall des Polizeikommissars Gläser der dem von Timm und Gareis beherrschten Telephongespräche zwischen Brauer und Gläser, wobei letzter die Geiseltötung. Herr Gareis ist höchstwahrscheinlich gestorben. Am Harten offenbart sich die abgrundtiefe Rottweil, wie Landberg sie richtig bezeichnete, in der Aussage des ehemaligen Entroffnungskommissars, Oberleutnant a. D. Casalette. Ich habe eine gewisse innere Befriedigung und Genugtuung gehabt, als Gareis ermordet worden ist. Gareis stand unter dem unbewiesenen — Verdacht der Einwohnerwehr-Aktivisten, Waffenlieferungen denunziert zu haben. Der Verdacht genügt, ihm zum Tode zu verurteilen.

Was auf die deutsch-nationalen Ausschlußgruppen werden alle übrigen die Erkenntnis gewonnen haben, daß in München von gebildeten Akteuren der Geist der Rottweil und der Rottweiler damals wie heute noch liebhabte Pfeile genügt. Aus diesem Geiste entsprangen die Hitlerischen Schändaten, ihre milde Verteilung durch die Gerichte und die harte Rindung unflätigster Bürger. Rottweil besteht in Bayern ein unglaublicher Zusammenhang Rottweil und kulturfähiger Elemente, ähnlich der zu Anfang des vorherigen Jahrhunderts in Italien herrschenden, gegen die republikanisch geführte Bevölkerung gerichteten Mafia. Der Unterjudeausdruck wird nicht umhin können, den Spuren der bayrischen Rottweil, wie sie die Nebenberufe verdeckten haben, vor Gericht nichts auszugeben, was ein Mitglied ihrer Bande beklagen könnte, weiter nachzugeben. Sonst wird der von den Freizeitern der Nordoceanen gepflegte Geist der Gewalttätigkeit und Rottweil weiter wachsen und gedeihen.